

STAATSARCHIV HAMBURG

314-15 Nr. 282

314 -15 Oberfinanzpräsident

Abl. 1998

A 227

Bescheidsakke

Rückerstattung/Wiedergutmachung

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5608 - A 227 BV 42/421

An die

Oberfinanzdirektion

- BV u. BA -

24.5.59
11.6.59

1 x 20 Auf 1/2

Hamburg 13, den 26. 5.
Harvestehuderweg 14
Telefon: 44 12 97 App.

Herrn
Senator für Finanzen
Sondervermögens- u. Bauabteilung
Berlin-Charlottenburg 2
Fasanenstrasse 87

Betr.: Rückerstattungssache Dr. Fritz Werner Apt
geb. am 10.4.1890

SENATOR FÜR FINANZEN
Sondervermögens- und Bauverwaltung

IV/E - O 5608

307 - 3 WGA 115/50

An die
Oberfinanzdirektion Hamburg
H a m b u r g
Harvestehuder Weg 14

Berlin-Charlottenburg 2, den 19.5.1959
Fasanenstraße 87, Zimmer 41
Fernruf: 32 52 01, Apparat 265

22. MAI 1959

42

Betrifft: Rückerstattungssache Dr. Fritz Werner Apt, geb. 10.4.1890
in Berlin, fr. Berlin N 20, Badstr. 11,
jetzt: 178 Collindeep Lane, London NW 9/England

Bezug: Ihr Schreiben v. 27.4.1959 - O 5608 - A 227 BV 42/421 -
Ein Rückerstattungstitel in Höhe von DM 3.338,- zu Gunsten des
Herrn Dr. Fritz Apt liegt meiner Dienststelle vor. Einen Bescheid
gemäß §§ 38 ff. BRUG hat der Berechtigte bereits erhalten. Zwecks
Durchführung eines zweiten Bescheidverfahrens bitte ich Sie um
Übersendung eines internen Teil-Bescheidentwurfs für das bei Ihrer
Dienststelle rechtskräftig abgeschlossene Rückerstattungsverfahren.

Im Auftrage

(Kempa)

Dr. (Füllentwurf)

Dr. A. BA

Re 25.5.59

Dr. Ruckmann Dr. Hart

Charlottenburg, Kaiserdamm 5: Betr.: FIN III S VERM. IV/E - O 5608

74307 - 3 WGA 115/50

Ich habe die v.a. Sache zurechtgelegt, halber an den Herrn Senator
für Finanzen, Sondervermögens- und Bauverwaltung, Berlin-Charlottenburg 2,
Fasanenstr. 87, abgegeben. Sie werden den Bescheid zu gegebener Zeit von
mir erhalten.

2. d. 4.

Im Auftrag

(Dr. Jansmann)

23. MAI 1959

25.5.59

Stückzahl

8

Oberfinanzdirektion Hamburg
Q 2608 - A 227 - NY 42/421

Hamburg, den 26. Mai 1959

Teil - Bescheid

in der Rückerstattungssache

Dr. Fritz Werner A p t
178 Collindoe Lane, London NW 9 / England

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Karl Priestoph
Berlin-Charlottenburg,
Kaiserdamm 3

I.

Dem Teil-Bescheid liegt der Beschluß des Wiedergutmachungsamts
beim Landgericht Hamburg vom 9.3.1959 - As. Z 26 851 - zu-
grunde.

Aus diesem Beschluß steht dem Berechtigten nach Maßgabe der
§§ 14 - 26 BRUG ein Anspruch in Höhe von

DM 7.100.--

(i.W.: Siebentausendeinhundert Deutsche Mark)

zu.

II.

Gründe:

Durch den in Ziffer I genannten Beschluß ist das Deutsche
Reich verpflichtet worden, dem Berechtigten für die Ent-
ziehung von Umsugut Schadensersatz in Höhe von DM 7.100.--
zu leisten.

Im Auftrag

G. Grassmann

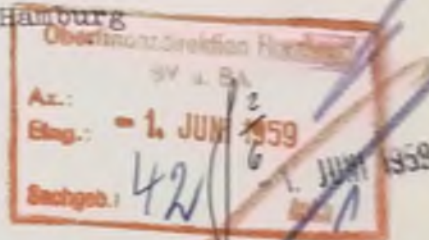
(Dr. Grassmann)
Regierungsassessor

DR. KARL PRIESTOPH
RECHTSANWALT UND NOTAR

BANKKONTO:
DISCONTO BANK A.-G.
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2,
RISMARCKSTRASSE 68
TELEFON: BERLIN-WEST 37958

BERLIN-CHARLOTTENBURG 9, den 25. Mai 1959
KAISERDAMM 5
TELEFON: 34 90 86
IIa/Bl.

An die
Oberfinanzdirektion Hamburg
Hamburg 13
Harvestehuderweg 14



Betr.: O 5608 - A 227 - BV 42/421

Rückerstattungssache Dr. Fritz Werner A p t , London.

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 27.4.1959 über-
reiche ich als Anlage den von meinem Auftraggeber ausgefüllten
und unterzeichneten Fragebogen vom 13.5.1959 und bitte nunmehr
um Durchführung des Befriedigungsverfahrens.

1 Anlage

Dr. Priestoph, Rechtsanwalt
vertreten durch

[Handwritten signature]
Rechtsanwalt

Fragebogen

Az.: G 5608 - A 227 - HV 42/421

OFD: H A M B U R G

1) Personalangaben des Berechtigten:

Name und Vorname:
(bei Frauen auch Geburtsname)

Dr. A p t , Fritz Werner

Geburtsdatum und Geburtsort:

10.4.1890 in Berlin

jetzige Anschrift:

178 Collindsey Lane, London SW 9, England

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Berlin - N 20, Badstrasse 1

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

jetzige Staatsangehörigkeit: britisch

2) Personalangaben des Verfolgenden:

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgenden ist.)

Name und Vorname:
(bei Frauen auch Geburtsname)

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

3) (von der OFD auszufüllen)*): Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine Zahlungsverpflichtung

Beschluß des Wiedergutmachungsamtes Hamburg vom

9.3.1959 Az.: Z 20 851

Unzugut

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

*) Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.

2. des ehemaligen Landes
Preußen,

3. der ehemaligen National-
sozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei (NSDAP),
deren Gliederungen, deren
angeschlossenen Verbände
und der sonstigen aufge-
löst NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der
Juden in Deutschland und
des Auswanderungsfonds
Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

4) Liegen weitere Beschlüsse
oder Vergleiche vor, nach
denen Ihnen allein oder ge-
meinsam mit anderen Berech-
tigten rückerstattungsrecht-
liche Geldansprüche gegen
einen der in Ziffer 3) ge-
nannten Rechtsträger zu-
stehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungs-
behörde, Datum und Aktenzeichen
des Beschlusses oder des Vergleichs)

5) Haben Sie allein oder gemein-
sam mit anderen Berechtigten
weitere rückerstattungsrechtliche
Geldansprüche gegen einen
der in Ziffer 3) genannten
Rechtsträger geltend
gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbe-
hörde und des Aktenzeichens)

6) Welche von den in Ziffer 3)
bis 5) genannten rückerstat-
tungsrechtlichen Geldan-
sprüchen sind ganz oder teil-
weise abgetreten, verpfändet
oder gepfändet worden?

keine

- a) Beschluß des WGA Berlin v. 3.10.55 3 WGA 115/50
- b) Beschluß des LG Berlin vom 21.12.1956
- (141 WGK) 3 WGA 116/55 (113/56) -
- c) Beschluß des WGA Berlin v. 18.4.1956 - 3 WGA
- d) Beschlüsse des LG und KG Berlin vom 3.7.1953 b
30.12.1954 14 W 3334.53
(141/81 WGK) 3 WGA 60/49 (271/52) -

keine

keine

ist anzugeben
in welcher Höhe
Name und An-
Abtretungsemp-
oder Pfandgläu-

Auf welche von
3) bis 5) genan-
stättungsrechtlich
sprüchen haben
Leistungen oder
halten?

Gfs. ist anzugeben
a) von welcher
b) in welcher

Haben Sie
ansprüche an

(Anzugeben sind
digungsansprüche
der für Schaden
Körper oder
Freiheit)

Gfs. ist an-
der Entsch.
und unter-
zeichnen.

Haben Sie
tigten für
rückerst
Befriedi
rechtlich
vorgese
stellt?

Gfs. ist
des B
geben

Gfs. ist anzugeben

- a) in welcher Höhe,
b) Name und Anschrift des
Abtretungsempfängers
oder Pfandgläubigers.

Auf welche von den in Ziffer
3) bis 5) genannten rücker-
stattungsrechtlichen Geldan-
sprüchen haben Sie bereits
Leistungen oder Darlehen er-
halten?

Gfs. ist anzugeben

- a) von welcher Stelle,
b) in welcher Höhe.

Haben Sie Entschädigungs-
ansprüche angemeldet?

(Anzugeben sind sämtliche Entschä-
digungsansprüche mit Ausnahme
der für Schaden an Leben, an
Körper oder Gesundheit oder an
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben, bei wel-
cher Entschädigungsbehörde
und unter welchem Akten-
zeichen.

Haben Sie einen Bevollmäch-
tigten für das im Bundes-
rückerstattungsgesetz für die
Befriedigung rückerstattungs-
rechtlicher Geldansprüche
vorgesehene Verfahren be-
stellt?

Gfs. ist Name und Anschrift
des Bevollmächtigten anzu-
geben.

- a) 3 WGA 720/50 Darlehnsvertrag 3032 v. 1.8.57
Sen. f. Finanzen von Berlin 358,25 DM,
b) 3 WGA 115.50 Darlehnsverträge 385/772 vom 13.3.
1956 und 1.2.1957 3.338,-- DM
c) (151/81 WGK) 3 WGA 60/49 (271/52) Darlehnsverträ-
ge vom 26.1.56 und 1.2.57 2.237,65 DM (zusammen
mit Miterbin KHte Schneider geb. Apt)
d) 3 WGA 116/50 Befriedigungsbescheid vom 27.10.58
Senator für Finanzen von Berlin

Entschädigungsamt Berlin - Reg.-Nr. 51 391
(eigenes Recht) Schaden im beruflichen Fortkommen,
Schaden an Eigentum und Vermögen

Rechtsanwalt und Notar Dr. Karl Priestoph,
Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 5

10) An welche Stelle sollen die
Zahlungen nach dem Bun-
desrückerstattungsgesetz ge-
leistet werden?

(Bei Devisenländern wird in
der Regel die Errichtung eines
liberalisierten Kapitalkontos er-
forderlich sein.)

Bankkommanditgesellschaft Otto Scheurmann,
Berlin W 15, Kurfürstendamm 61

11) Sonstige Bemerkungen des
Berechtigten:

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht
habe.

London,

(Ort)

13. Mai 1959

(Datum)

F. W. Ayl

(Unterschrift)

DER SENATOR FÜR FINANZEN

Sondervermögens- und Bauverwaltung

Fin.-Z.: Fin III SVerm. IV E — 0 5608

Fin.-Z.: 14 307 - 3 WGA 115/50 -

Beglaubigte Abschrift

Berlin-Charlottenburg,
Fasanenstr. 87

27. JULI 1959

Zweiter - Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRÜG) vom 19. 7. 1957 (BGBl. S. 734) erteilt die Sondervermögens- und Bauverwaltung, Berlin,

dem Berechtigten:

Herrn Dr. Fritz Werner A p t

178 Colindeep Lane, London N.W. 9 /England

als Rechtsnachfolger nach: - entfällt -

— Bevollmächtigter:

Herr Rechtsanwalt Dr. Karl P r i e s t o p h
Berlin - Charlottenburg, Kaiserdamm 5

folgenden Bescheid:

I. Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechtstitel zugrunde:

1) Vergleich. ersten Bescheid vom 20.10.1958

2) Beschluss der Wiedergutmachungsämter beim
Landgericht Hamburg vom 9.3.1959

- Az.: Z 20851 -

- Umzugsgut - ✓

II. Aus den in Ziff. I aufgeführten Rechtstiteln steht dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRÜG folgender Anspruch zu:

1) DM 3.338,-

2) DM 7.100,- ✓

DM 10.438,-

=====

Der Anspruch vermindert sich gemäß § 23 BRÜG um DM ./.

auf DM ./.

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

DM 10.438,-

(i. W.: Zehntausendvierhundertachtunddreißig Deutsche Mark)
festgestellt.

Ziffer 2

III. Von dem in Ziff. II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRÜG zu zahlen:

1. bis spätestens zum 31. März 1959 DM **10.438,--**
2. bis spätestens zum 31. März 1961 DM **-----**

Der verbleibende Restbetrag von DM **-----**

ist grundsätzlich bis zum 31. März 1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs. 5 BRÜG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV. Der in Ziff. II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRÜG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1. April 1956 an zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRÜG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31. Dezember 1962 befriedigt.

V. Auf die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRÜG die folgenden Vorleistungen/Darlehen angerechnet:

DM 1.700,- mit Wirkung vom 1.4.1956

DM 1.638,- mit Wirkung vom 15.2.1957

VI. Die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziff. V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM **-----** gemäß § 37 BRÜG an das Land bewirkt.

VII. Von dem unter Berücksichtigung der Ziff. V und Ziff. VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von DM **7.100,-** zu bewirken.

VIII. Stehen dem Berechtigten neben den in Ziff. II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teilbescheid.

IX.

Gründe:

Zu Ziffer II/1): Vglch. ersten Bescheid vom 20.10.1958

Zu Ziffer II/2):

Durch den in Ziffer I genannten Beschluß ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, dem Berechtigten für die Entziehung von Umzugsgut Schadensersatz in Höhe von DM 7.100,- zu leisten.

Rechtsmittelbelehrung

X. Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides kann der Berechtigte gerichtliche Entscheidung beantragen; der Antrag kann insbesondere darauf gestützt werden, daß in dem Bescheid die Aufteilung des Geldbetrages gemäß § 32 Abs. 2 bis 4 und Abs. 6 Satz 1 unzutreffend vorgenommen oder, falls vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine gerichtliche Entscheidung rechtskräftig oder eine gütliche Einigung rechtsgültig geworden ist (§ 14 Abs. 1), die Höhe des geschuldeten Geldbetrages im Bescheid unzutreffend festgesetzt worden ist. Wohnt der Berechtigte im Ausland, so tritt an die Stelle der Frist von drei Monaten eine Frist von sechs Monaten.

bzw. Hamburg

Der Antrag ist an die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Berlin zu richten.

Auf das Verfahren finden die Rechtsvorschriften zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (§ 11 Nr. 1) Anwendung. Ein Anwaltszwang besteht nicht.

Im Auftrage

Die Übereinstimmung vorstehender Abschrift
Urschrift wird hiermit beglaubigt:



27. JULI 1959

König

LS

gez. Dr. Thotsch
(RR)

(König Verw. Ang.)